



Prüfergebnis

Ausweitung Interkommunale Zusammenarbeit CB-SPN

Stadtverordnetenversammlung

26. Februar 2020



Projekthistorie

- Prüfauftrag der StVV Cottbus/Chósebus und gleichlautender Prüfauftrag des Kreistages Spree-Neiße zur Ausweitung der Interkommunalen Zusammenarbeit
- Zwei Vorgespräche zwischen den Verwaltungsspitzen von SPN und CB
- Initiierung eines Gesamtprojekts Ende 2018 mit Teilprojekten je Themenfeld
- Regelmäßige Treffen der Teilprojekte in Forst und Cottbus/Chósebus
- Geprüfte Synergiepotenziale insb. Kostenreduktion, Verbesserung der Aufgabenwahrnehmung und/oder Erhöhung Bürgerfreundlichkeit
- Richtungsentscheidungen durch Projektlenkungskreise bestehend aus den Verwaltungsspitzen der beiden Gebietskörperschaften
- Abschluss des Gesamtprojekts am 21.10.2019 und Entscheidung der Fortführung einzelner Teilprojekte durch die politischen Gremien



Folgende Themenfelder wurden in zwei Prüfphasen geprüft

1. Prüfphase

- Kfz-Zulassung
- Adoptionsvermittlung
- Untere Jagd- und Fischereibehörde
- Zentrale Bußgeldbearbeitung
- Kommunale Einkaufsgemeinschaft
- Vergabestelle
- Vollstreckung

2. Prüfphase

- Gesundheitswesen
- Beauftragtenwesen
- Schulentwicklungsplanung

Frühzeitiger Ausschluss (geringes Synergiepotenzial/sonstige Hindernisse)

- Beihilfebearbeitung
- Katasteramt
- Gefahrentierauffangstation
- Volkshochschule



Teilprojekte in Umsetzung

KFZ-Zulassung

- Zulassung wird in CB, SPN, OSL möglich sein
- Umsetzung in 2021 angestrebt
(vorher Einführung elektronische Akte)
- Mandatierend-öffentliche Vereinbarung notw.

Adoptions- vermittlung

- Aufgabenübertragung von SPN auf CB
- Umsetzung zum 3. Q. 2020 angestrebt
- Mandatierend-öffentliche Vereinbarung notw.
- Personalüberleitungsvertrag



Fortführung Zusammenarbeit/ keine Zusammenlegung (1/3)

Vollstreckung

- Schulungen werden zusammen gebucht und besucht werden
- Erfahrungsaustausch wird fortgeführt
- Geringes Synergiepotenzial für Zusammenlegung

Gesundheits- wesen

- Langjährige gute Zusammenarbeit innerhalb der Fachbereiche mit regelmäßigen Treffen
- Datenschutz, hoher org. Aufwand und Entfernung erschweren weitergehende Zusammenarbeit

Schulentwick- lungsplanung

- Zusammenarbeit zwischen Stadt und Landkreis ist gesetzlich geregelt
- Die LK und kf. Städte nehmen die Aufgabe der SEP als pflichtige Selbstverwaltungsaufgabe wahr



Fortführung Zusammenarbeit/ keine Zusammenlegung (2/3)

Untere Jagd- und Fischereibehörde

- Bestehende gegenseitige Mandatierung (Aufgaben Fischereigesetz) wird von Bürgern kaum genutzt
- Hoher zeitlicher, personeller und organisatorischer Aufwand (z. B. Datenabgleich, Vorhalten IT-Netz)

Zentrale Bußgeld- bearbeitung

- Unterschiedliche Technik der Verkehrsüberwachung und somit fehlende Zertifizierung der Mitarbeiter
- Unterschiedliche Zuständigkeiten, Organisation und Dienstvereinbarungen

Kommunale Einkaufs- gemeinschaft

- Unterschiedliche Organisation bei Büromaterial (Zimmerzustellung vs. Zentrallager)
- Ausstattung gemeinsam auszuschreiben ist uneffektiv, da der Bedarf zu spezifisch ist



Fortführung Zusammenarbeit/ keine Zusammenlegung (3/3)

Gemeinsame Vergabe

- In CB ist das elekt. Vergabemanagement vollständig eingeführt, in SPN beginnt der Umstellungsprozess
- Unterschiedliche Abläufe, u.a. ist in SPN Vergabekommission mit Kreistagsmitgliedern einzubeziehen

Beauftragten- wesen

- Grundanliegen der Tätigkeit erfordert unmittelbare Nähe zur Zivilgesellschaft und Verwaltung
- Zusammenfassung oder gegenseitige Mandatierung würde der Bedeutung nicht gerecht



VIELEN DANK FÜR IHRE AUFMERKSAMKEIT